

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bangen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Wiltwische, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Verkaufspreis: Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. Sonntagspreis für die Zeit eines halben Monats: fünf bis sechs halbmännlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf., Einzelnummer 10 Pf. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pf.). — Alle Postgebühren, sowie unsere Zustellungsgebühren u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postfach-Nr.: Post Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — wird der Betrieb der Zeitung oder der Verlagsverhältnisse — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 48 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pf., 30 mm breite 20 Pf., die 60 mm breite 30 Pf. (in Textfeld) 70 Pf. Für das Schreiben von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Commission anzeigen tarifmäßiger Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 56

Dienstag, den 6. März 1928.

83. Jahrgang

Tageschau.

Bei der zweiten Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums im Reichstag hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Rede über seine Wirtschaftspolitik.

Sämtliche Revierkonferenzen der Bergarbeiterverbände des nordwestlichen böhmischen Kohlenreviers haben das Uebereinkommen zur Beilegung des Konfliktes genehmigt und sich für die Beendigung des Streiks im Sinne der von der Revierleitung gefassten Entschlüsse ausgesprochen.

In Wien kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Roten Frontkämpfern und der Sicherheitswache, deren Kommandant niedergeschlagen wurde. Vier weitere Wachleute erlitten Verletzungen.

Am Sonnabend hielt Mussolini seine angekündigte Rede in der Südtiroler Frage. Er betonte, daß die faschistische Regierung die Versprechungen früherer italienischer Staatsmänner nicht anerkennen werde und drohte mit neuen Repressalien gegen Südtirol.

Die Wahlen in Polen brachten dem nationalen Block eine schwere Niederlage.

Zu den mit * bezeichneten Redungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Der Wirtschaftsetat im Reichstag.

Vizepräsident Gees eröffnet um 13.00 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushaltsplanes des Reichswirtschaftsministeriums. Der Haushaltsausschuß hat in den Etat neu eingestuft 100 000 Mark Zuschuß für das Institut für deutsche Handwerkswirtschaft (50 000 Mark zur Förderung der technischen Ausbildung im Auslande). Schließlich wird die Reichsregierung aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Berufsbezeichnungen „Baumeister“ und „Architekt“ einheitlich zu regeln und zu schützen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius legt die Gründe seiner Konjunkturpolitik dar, die im Jahre 1926 der Unturbelung der Wirtschaft, im Jahre 1927 der Bekämpfung einer Uebersteigerung der Konjunktur gedient habe. Er sei bestrebt, die Vergebung öffentlicher Aufträge so zu leiten, daß deren Umfang jeweils im ungekehrten Verhältnis zu dem Umfang der privaten Aufträge stehe. Er habe sich weiter bemüht, Preisbewegung und Auftrieb der Selbstkosten in Grenzen zu halten. Das deutsche Preisniveau sei für gesamteuropäische Verhältnisse zu hoch. Die gleichmäßige Entwicklung der Wirtschaft sei besonders im Herbst durch die Kredit- und Vertrauenskrise aus Anlaß des Silber-Memorandums gefährdet gewesen. Auslandskapital werde neben eigener Kapitalbildung nach wie vor erforderlich sein. Eine weitere Abkühlung sei nicht möglich. Auch die Kartellpolitik stehe im Dienste der Konjunkturpolitik. Eine grundlegende Reform des Kartellwesens könne erst nach Beendigung der Arbeiten des Enqueteausschusses eingeleitet werden. Die Vorbereitungen wegen angeblicher Parteilichkeit des Kartellgerichts weist der Minister entschieden zurück. Es finde keinerlei unzulässige Beeinflussung durch das Reichswirtschaftsministerium statt. Der Minister kommt dann auf seine

Verordnung gegen die Eisenpreiserhöhung zu sprechen. Er erörtert dabei das Ergebnis der Verhandlungen und die Bedeutung des jetzt zustande gekommenen „Friedensschlusses“. Er habe dabei im Praktischen und Formalen Zugeständnisse gemacht, um grundsätzliche Erfordernisse seiner Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Wichtig sei vor allem, daß die eisenhaltende Industrie sich verpflichtet habe, vor der Ergreifung von Maßnahmen, die die gemeinsame Eisenwirtschaftspolitik beeinflussen könnten, dem Minister rechtzeitig Mitteilung zu machen. Mit Rücksicht auf das Verhandlungsergebnisse habe er seine Verordnung wieder aufgehoben. Der Minister fordert dann die Gewährleistung besserer Gemeinschaftsarbeit aller öffentlichen Stellen zur Verhinderung der Durchkreuzung der Wirtschaftspolitik des Ministeriums. Das Wirtschaftsministerium beschränke sich nicht darauf, Strukturwandlungen der Wirtschaft zu beobachten und aufzuzeigen, sondern es suche die entscheidenden Kräfte der Wirtschaft zu fördern. Dies gelte

vor allem auf dem Gebiete der Energiewirtschaft. Er hoffe, daß die stille und zähe Arbeit aller Beteiligten zu einer Verständigung über die gemeinsame Elektropolitik führen werde. Zur Klärung des Problems der Gasfernversorgung werde er demnächst alle interessierten Gruppen zusammenerufen. Der Minister legt dann seine Bemühungen um Handwerk und Mittelstand während seiner Amtsführung dar und sucht die Befragnisse zu zerstreuen, die aus Anlaß des landwirtschaftlichen Reformprogramms aus mittelständischen Kreisen geäußert werden. In die zur Durchführung des Programms in Aussicht genommenen Beiräte würden auch Vertreter des gewerblichen Mittelstands gewählt werden. Zum Schluß bespricht der Minister

die Handelspolitik.

Die Steigerung der Passivität unserer Handelsbilanz auf 3,9 Milliarden sei gewiß besorgniserregend. Andererseits dürfe man sich aber auch etwasmal vorstellen, daß die deutsche Außenhandelsbilanz der Vorkriegszeit ebenfalls passiv gewesen sei. Angesichts der ungeheuren Schwierigkeit, die der Wiederanschluß an den Weltmarkt in der Nachkriegszeit mit sich bringe, sei das Ergebnis des Ausfuhrgeschäftes im allgemeinen als erfreulicher Fortschritt zu bezeichnen. Jedemfalls müsse in der Förderung der Ausfuhr durch Exportkreditversicherung, Garantieleistung, Exportzölle, Bekämpfung des Protektionismus und Vollenbung des Handelsvertragsystems fortgeschritten werden. Exportförderung und Pflege des Binnenmarktes brauchten sich nicht auszuschließen. Der Minister erklärt, er habe sich stets aufs Härteste für Hilfsmassnahmen zugunsten der Landwirtschaft eingesetzt. Er werde alles unternehmen, was zu deren Rationalisierung und Ertragssteigerung führen könne. Dagegen könne er keine Politik mitmachen, die ihr Heil in der Drosselung der Einfuhr, Protektionismus und Autarkie sehe. Die Rückwirkungen solcher Politik auf das deutsche Gesamtvolk einschließlich der Landwirtschaft wären verhängnisvoll. Aufrechterhaltung und Vertiefung des Anschlusses an die Weltwirtschaft sei die Schicksalsfrage für Deutschland und Europa.

Die Debatte, die sich an diese Rede angeschlossen, stand keinesfalls auf einer hohen Stufe. Der Sozialdemokrat Heinel polemisierte gegen die Wirtschaftspolitik der Deutschnationalen und gegen die Haltung der Industrierepräsentanten bei Lohnkämpfen und Lohnverhandlungen. Der Redner bewertete, daß der Minister in seinem Kampf gegen die Unselbstpolitik des Reichsamtpräsidenten Dr. Schacht schließlich nachgegeben habe. Sehr wichtig sei es, daß auch in der Handelspolitik der Grundsatz befolgt werde, daß entscheidender als der Export der Absatz auf dem inneren Markte für die Produktion sei.

Abg. Dr. Lejeune-Jung (Dnall.) betont, die für unsere jetzige Handelspolitik grundlegenden Weistbegünstigungsverträge mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika und mit England hätten nicht das gehalten, was man von ihnen erwartet habe. Der hohe Einfuhrüberschuß stelle eine der bedenklichsten Angelegenheiten über die fortwährende Verarmung Deutschlands dar. Eine ganz untragbare Belastung für die deutsche Landwirtschaft bilde die Einfuhrzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse in einer Höhe von 4½ Milliarden Mark. Der Redner fordert eine elastischere Ausgestaltung der deutschen Zollpolitik, damit sie in Zukunft Boykottmaßnahmen, Differenzierungen und Einfuhrerschwerungen jederzeit begegnen kann, und betont nachdrücklich, daß die deutsche Landwirtschaft nicht im Interesse einer utopischen Exportpolitik aufgeopfert werden darf. Der Redner warnt dringend vor Ratifizierung der Genfer Vereinbarung über das Verbot der Einfuhrverbote.

Abg. Dr. Deffauer (Str.) fordert einheitliche Wirtschaftsführung und einheitliches Wirtschaftsbewußtsein. Das große deutsche Wirtschaftsproblem sei, daß zwei Drittel der deutschen Bevölkerung einen ungenügenden Lebensstandard haben. Jeder deutsche Ernährer einer Familie müsse jährlich von seinem Verdienst 200 Mark als öffentliche Reparationslast an das Ausland abgeben. Das Tragische dabei sei, daß man noch nicht erkennen könne, wann diese Last einmal aufhöre.

Darauf werden die Beratungen auf Montag, 14 Uhr, vertagt.

Groener über die deutsche Flottenpolitik der Vorkriegszeit.

Bei der Beratung im Haushaltsausschuß über den Panzerkreuzer hielt der Reichswirtschaftsminister eine große militärische Rede. Groener beschäftigte sich dabei eingehend mit der Flottenpolitik und legte zunächst, bevor er sich energisch für den Bau des Panzerkreuzers A einsetzte, seinen

Standpunkt zur Flottenpolitik der Vorkriegszeit dar. Mit einer Offenheit, wie sie in diesen Fällen bei amtlichen Persönlichkeiten der Reichsregierung bisher nicht gebräuchlich war, behandelte der Reichswirtschaftsminister die Rückwirkung der Flottenpolitik der Vorkriegszeit auf das Landheer. Graf Schlieffen habe im Jahre 1900 sich dahin entschieden, daß die Entscheidung über die Nachrüstung Deutschlands nicht bei der Marine, sondern an der West- oder Ostgrenze des Reiches fallen werde. Er sei als Mitglied des Kriegsministeriums früher mehrfach auch von sozialdemokratischen Abgeordneten gefragt worden, warum man in den Forderungen für das Landheer so bescheiden sei. Im Generalkriegsstab habe jedenfalls der Glaube geherrscht, daß bei einem weniger starken Ausbau der Flotte zugunsten des Landheeres die entscheidenden Armeekorps auf dem rechten Flügel der Marne-Schlacht nicht gefehlt hätten. Nach dieser sehr scharfen Kritik an der Flottenpolitik der Vorkriegszeit lenkte der Reichswirtschaftsminister dann mit der Bemerkung ein, daß diese Feststellung natürlich nichts mit der falschen Flottenpolitik im Kriege und mit dem Nichteingang der Flotte zu tun habe. Allerdings hätte die Flotte natürlich nicht den Schutz des deutschen Außenhandels und die Offenhaltung der großen Ueberseewege gewährleisten können.

Gerade nach diesem Glaubensbekenntnis müsse er aber um so energischer aus rein militärischen Gesichtspunkten für den Bau des Panzerkreuzers A eintreten.

Der Vertrag von Versailles gebe Deutschland nicht die Möglichkeit, Kräfte, die man mit der Seemacht nicht behalte, auf die Landmacht zu übertragen. Er sei gern bereit, Herren, die sich dafür interessierten, Einblick in ein ganz sachlich geleitetes Kriegsspiel zu geben, um die Wichtigkeit einer schlagkräftigen Flotte in der Ostsee bei verschiedenen Konfliktmöglichkeiten darzulegen.

Der Reichswirtschaftsminister beschäftigte sich dann noch mit den sozialdemokratischen Angriffen auf die Marine, insbesondere mit der Behauptung von angeblichen Zusammenhängen zwischen den Ehrhardt-Organisationen und der Marine. Er werde mit allen Kräften sich dafür einsetzen, daß die Marine von den „D.-E.-Geusen“ gesäubert werde. Das Material, das die Sozialdemokratie veröffentlicht habe, sei aber größtenteils veraltet.

Der Reichswirtschaftsminister ging dann auch noch zur Behandlung der Stellungnahme der Marine zum Kaiserlichen Nachtclub über und erklärte sogar, daß er mit dem Vorstand wegen einer Namensänderung in Verbindung treten werde. Wenn die Verhandlungen keinen Erfolg hätten, würde die Zugehörigkeit von Marineangehörigen zu diesem Klub nicht mehr möglich sein.

Nach Behandlung weiterer Einzelheiten dankte der Reichswirtschaftsminister allen Abgeordneten, die ihm beifällig sein wollten, die Reichsmarine aus der politischen Drecklinie herauszubringen.

Dr. Reudell über das Scheitern des Schulgesetzes.

Dresden, 4. März. Der Bezirksverband Groß-Dresden der christlichen Elternvereine Sachsens hatte heute eine Versammlung ins Vereinshaus einberufen, um seiner Beunruhigung über das Scheitern des Reichsschulgesetzes Ausdruck zu geben. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden Baumgarten führte der Reichstagsabgeordnete Philipp u. a. aus: Das Schulgesetz müsse und werde trotzdem kommen, da es von der Reichsverfassung verlangt werde. Der Redner richtete einen Appell an die Eltern, den Kampf für das Reichsschulgesetz erneut aufzunehmen.

Der Reichsminister des Innern Dr. Reudell, der verspätet eingetroffen war, führte sodann u. a. folgendes aus: Er könne nur einen großen Ueberblick geben. Anknüpfend an den Gedanktag für die Gefallenen des Weltkrieges sagte der Minister sehr eindrucksvoll, daß alle diese Helden durch die katholischen und evangelischen Bekenntnisschulen gegangen seien. Diese Lasten berge für alle überaus ernste und bindende Pflichten. Es sei falsch, zu glauben, daß die Eltern nicht reif seien für die Erziehung der Kinder, daß müßten der Staat die Erziehung übernehmen müsse. Man wolle durchaus keine Zerspaltung. Aber der Eintritt für die Elternrechte sei verfassungsmäßig und daher allen Eltern gesetzlich garantiert, welche die volle Verantwortung vor Gott hätten. Wer immer diese Verantwortung fühle, der müsse die christliche Schule fordern. Die Gewissensfreiheit stehe auf dem Spiele. Wenn man der Gemeinschaftsschule christlichen Charakter genommen habe, so habe man damit ihren wahren Charakter verstoßen. Sie sei keine christliche Schule. Ge-

hat ihm bei Ausstellung dieses wohl bekannt gemacht worden, angebrochen Streife, überbringen.

kein Vorteil, er keine Möglichkeit über beim Bauhüter Thor gehabt, solche eher nicht bis vor ihm solche aus eigener Bewegung einräumen werden, zu verfangen beifügt sein. Dessen zu Uhrtrieb.

17.

Die Alten. Roman von Esar Schwär.

(Stadtsdruck vertrieben.)

Gedanken nicht, denn alle beuten sie sich als Trauer um